

# Vorwort

Hundert Jahre ist es her, dass der Maler Ernst Ludwig Kirchner fragend feststellte:

„Ein einiges Europa wäre das Ende der Kriege und es wird kommen, aber wann?“

Das einige Europa, welches sich der berühmte Expressionist im Jahr 1924 erhoffte, ist tatsächlich gekommen, wenngleich erst nach einem weiteren furchtbaren Krieg auf unserem Kontinent, dem Zweiten Weltkrieg. Für nachfolgende Generationen westlich des Eisernen Vorhangs, so auch die meinige, waren Frieden und Freiheit dank der Europäischen Union lange Zeit selbstverständlich.

Diese Selbstverständlichkeit spüren wir heute nicht mehr. Vielmehr stehen das Friedensversprechen der Europäischen Union und die grausame Realität eines Krieges auf dem europäischen Kontinent wieder im Zentrum unseres Denkens und Tuns. Der brutale russische Angriffskrieg in der Ukraine und die daraus resultierende „Zeitenwende“ brachten – kaum, dass die Hochphase der COVID-19-Pandemie bewältigt war – massive neue politische Herausforderungen.

Diesen Herausforderungen hat sich die Bundesregierung, gemeinsam mit ihren EU-Partnern, mit großem Einsatz und Einigkeit gestellt. Rasch wurden weitreichende politische Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen – von der umfassenden Unterstützung der Ukraine über neue Sanktionen gegen Russland bis hin zur beschleunigten Umstrukturierung unserer Energieversorgung. Gemeinsam sind wir stark.

Ich empfinde große Dankbarkeit, wenn ich darüber nachdenke, wie verflochten Deutschland heute mit allen Partner- und Nachbarstaaten in der Europäischen Union ist. Genau 35 Jahre ist es nun her, dass mithilfe mutiger Menschen auf den Straßen Ostdeutschlands der Fall der Mauer eingeleitet wurde. Dass unsere Freunde und Partner danach die deutsche Einheit in einem vereinten Europa politisch möglich gemacht haben, ist ein Glück und eine Verpflichtung zugleich.

Vor 20 Jahren stand ich selbst jubelnd auf der Oderbrücke zwischen Frankfurt an der Oder und Stubice – nicht zuvorderst in meiner Funktion als Bundestagsabgeordnete, sondern vor allem als EU-Bürgerin. Am 1. Mai 2004 traten zehn Staaten, die meisten aus Ost- und Mitteleuropa, der Union bei, ohne die ich mir unsere Europäische Union heute gar nicht mehr vorstellen kann. Das Jubiläumsjahr 2024 ist Anlass, die positiven Entwicklungen zu würdigen und gleichzeitig nach vorne zu blicken. Auch heute befinden sich wieder zehn Staaten im EU-Beitrittsprozess, vom Balkan bis zur Ukraine. Wir arbeiten darauf hin, dass die Europäische Union künftig mehr als 30 Mitgliedstaaten haben wird. Unsere Union hat nichts von ihrer Attraktivität und Anziehungskraft verloren. Im Gegenteil.

Die geopolitische Notwendigkeit der Erweiterung liegt mit Blick auf die weltpolitische Lage auf der Hand. Politische und geografische „Grauzonen“ auf dem europäischen Kontinent bergen eine große Gefahr für unsere Sicherheit und Stabilität. Destabilisierungsversuchen anderer Akteure durch Propaganda und Desinformation müssen wir – in der Europäischen Union und in unserer Nachbarschaft – entschlossen entgegenreten.

Verschränkt mit dem Erweiterungsprozess müssen wir unsere Union auch intern darauf vorbereiten, neue Mitglieder aufzunehmen. Der vom Europäischen Rat beschlossene parallele Reformprozess wird die Europäische Union zukunftsfest machen. Unsere Institutionen müssen effektiv arbeiten können, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam mit den EU-

Partnern arbeitet die Bundesregierung dafür, dass die Europäische Union als Ganzes nicht nur größer, sondern vor allem auch stärker und resilienter wird. Damit sie als globale Akteurin in einem immer rauer werdenden geopolitischen Umfeld weiterhin Gehör findet und handlungsfähig bleibt.

Der Beginn des neuen institutionellen Zyklus der Europäischen Union 2024–2029 ist eine gute Gelegenheit, den Bedarf im Lichte der neuen Herausforderungen zu analysieren und dann zielstrebig Reformen anzugehen. Mehr Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit und weniger Vetomöglichkeiten sind hierbei ein wichtiger Aspekt, z. B. in den Bereichen Außen- und Steuerpolitik oder bei technischen Zwischenschritten des Erweiterungsprozesses.

Ebenso am Herzen liegt mir die Weiterentwicklung unserer Rechtsstaatsinstrumente, denn der Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist zentral für das Funktionieren unserer Union. Wir müssen uns ebenso aktiv für Gleichberechtigung einsetzen, insbesondere von Frauen und marginalisierten Gruppen. Nur wenn wir diese Rechte nach innen wahren, können wir auch nach außen geschlossen auftreten. Ohne Rechtsstaat gibt es auch keinen funktionierenden Binnenmarkt, keine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – und keinen nachhaltigen Wohlstand. Eng verknüpft ist hiermit auch die konsequente Umsetzung des „Green Deals“ sowie perspektivisch des „Clean Industrial Deals“. Wir haben mit dem europäischen Klimaschutzgesetz und dem Fit-for-55-Paket die Weichen für die grüne Transformation Europas gestellt.

Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat ist sich seiner historischen Verantwortung gegenüber Europa bewusst und nimmt diese Verantwortung wahr – bei der oft komplexen Lösungsfindung im Kreis der 27, bei der engen deutsch-französischen Abstimmung oder mit neuem Schwung gemeinsam mit Polen, auch im Weimarer Dreieck. Europa ist Teamwork – und unser Team ist groß und meinungsstark. In Brüssel im Kreis der 27 Mitgliedstaaten wird oft heftig um eine gemeinsame Haltung, um den besten Weg zum Ziel, gerungen. Genauso muss es in Demokratien mit einer vielschichtigen Struktur auch sein. Die Fähigkeit, nach ehrlichem Austausch gangbare Kompromisse zu schließen, ist es, was unsere Union ausmacht.

Wir erarbeiten zugleich die Grundlagen für die nächste Generation in einer prosperierenden Union. Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Es ist gut und wichtig, dass sie mitbestimmen können. An der diesjährigen Europawahl durften in fünf Mitgliedstaaten – darunter erstmals auch Deutschland – auch die 16- bzw. 17-Jährigen teilnehmen und über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments mitentscheiden.

Ich wünsche mir darüber hinaus eine breite Bürgerbeteiligung über alle Generationen hinweg. Ohne Europa geht es nicht. Damit es aber voran geht, damit unsere Demokratie, unsere Freiheit und unser Wohlstand auch in Zukunft weiter prosperieren können, sind nicht nur politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gefragt. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft der Europäischen Union gestalten!

Ich danke allen Autorinnen und Autoren, die in den vielen Kapiteln dieses Handbuchs tief in einzelne Aspekte der deutschen Europapolitik eindringen. Damit leisten sie einen wertvollen, wissenschaftlichen Beitrag zum Verständnis dieses komplexen Themas. Allen europapolitisch engagierten und interessierten Leserinnen und Lesern wünsche ich eine bereichernde Lektüre.

Dr. Anna Lührmann, MdB  
Staatsministerin für Europa und Klima